

Resolution des Gemeinderates der Gemeinde Aschheim zur aktuellen Situation und zukünftigen Entwicklung der Flüchtlingsunterbringung in Aschheim und Dornach

Die aktuelle Flüchtlingssituation in Bayern und die damit verbundenen hohen Zahlen unterzubringender Flüchtlinge betreffen und beschäftigen auch die Gemeinde Aschheim und ihre Bürger. Insbesondere die aktuelle Notunterkunft im Ortsteil Dornach und die bisher von der Regierung von Oberbayern gegenüber der Gemeinde Aschheim nur mündlich vorgetragenen Planungen für eine Erstaufnahmeeinrichtung stehen dabei derzeit im Fokus.

Der Gemeinderat ist sich seiner Verantwortung in dieser Situation durchaus bewusst. Grundsätzlich steht die Gemeinde Aschheim der Unterbringung von Flüchtlingen auf Gemeindegebiet (sowohl kurz- als auch längerfristig) in einem sozialverträglichen Rahmen weiterhin offen gegenüber.

Seit Beginn der ersten Unterbringung von Flüchtlingen in Aschheim im Mai 2013 hat sich die Gemeinde stets für eine dezentrale Verteilung der Asylbewerber im Ort engagiert. Auf diese Weise konnten und können die Flüchtlinge besser in das Gemeindeleben aufgenommen und integriert werden. Zusätzlich unterstützte der Gemeinderat die Realisierung der Containerwohnanlage für Asylbewerber in Dornach, welche auch von Seiten der Aschheimer und Dornacher Bevölkerung positiv mitgetragen wurde bzw. wird.

Die Gemeinde Aschheim war und ist bereit, bedarfsgerecht zu helfen und durchaus mehr Flüchtlinge auf dem Gemeindegebiet aufzunehmen als es der Verteilungsschlüssel des Landratsamtes München vorsieht.

Im Herbst 2014 gründete sich der Asyl-Helferkreis Aschheim (AHA), dessen Hauptaufgabe es ist, die Lebenssituation von Asylbewerbern und Flüchtlingen mit längerfristigem Aufenthalt in Aschheim und Dornach zu verbessern und diese so gut wie möglich zu integrieren.

Als eine der ersten Gemeinden im Landkreis München hat Aschheim eine Stelle für das Sachgebiet Asyl in der Verwaltung geschaffen und auch besetzt.

Seit dem 12.09.2015 (Ankunft der ersten Flüchtlinge) betreibt die Regierung von Oberbayern in den Gebäuden am Einsteinring 4-12 („Dornach I“) und 30 („Dornach II“) eine Notunterkunft mit aktuell 4.244 verfügbaren Betten. Deren Belegungszahlen variieren je nach Entwicklung

des Flüchtlingszustroms stark. Bisher wurde eine kurzfristige maximale Belegung von 1.775 Flüchtlingen am 18.09.2015 registriert.

Auf der Informationsveranstaltung der Gemeinde am 15.09.2015 äußerte die Vizepräsidentin der Regierung von Oberbayern, Frau Maria Els, dass die Regierung von Oberbayern in den oben genannten Gebäuden in Dornach zu einem späteren Zeitpunkt auch eine Erstaufnahmeeinrichtung für etwa 1.000 Flüchtlinge plant. Als voraussichtliche Laufzeit hierfür wurden 10 Jahre genannt.

In Anbetracht unserer Gesamteinwohnerzahl in Höhe von 9.222, davon 1.410 Personen in Dornach (HWs + NWs, Stand 31.08.2015), handelt es sich bei 1.000 unterzubringenden Flüchtlingen in einer Erstaufnahmeeinrichtung bereits um eine überproportional hohe Zahl.

Eine mögliche maximale Belegung von derzeit 4.244 Betten in der Notunterkunft steht erst recht nicht in einem annehmbaren Verhältnis zur Einwohnerzahl.

Betrachtet man nur den Ortsteil Dornach hat die Zahl der Untergebrachten seit dem 12.09.2015 die Einwohnerzahl zeitweise sogar übertroffen.

Aus diesem Grund fordern die Bürgermeister und alle Gemeinderäte/innen der Gemeinde Aschheim eine Reduzierung der Belegung in der aktuellen Notunterkunft in Dornach. Wir halten maximal eine verfügbare Anzahl von 450 Betten für sozialverträglich und vertretbar. Dies entspricht ca. einem Drittel der Dornacher Bürger.

Unter dieser Bedingung duldet der Gemeinderat Aschheim die Notunterkunft in Dornach über den Winter befristet bis zum 30.04.2016.

Die mittlerweile gefährdete soziale Akzeptanz der Flüchtlingsunterbringung in der Gemeinde Aschheim und die für diese Größenordnung fehlende Infrastruktur rechtfertigen diese Forderung.

Außerdem muss die Verträglichkeit der Flüchtlingsunterbringung in der Notaufnahmeeinrichtung im Ortsteil Dornach mit dem Gewerbegebiet gegeben sein. Ein Wegzug namhafter Firmen mit einer Vielzahl von Arbeitsplätzen darf nicht riskiert werden.

Darüber hinaus sind für die Notunterkunft in Dornach folgende unabdingbare Grundvoraussetzungen durch die Regierung von Oberbayern zeitnah zu erfüllen. Sie sind elementar wichtig, um die aktuelle Lage in Aschheim/Dornach zu verbessern, eine weitere kooperative Zusammenarbeit in der Flüchtlingsthematik sicherzustellen und eine drohende Spaltung der Bürgerschaft zu verhindern:

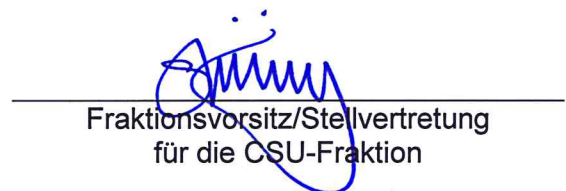
- Die geltenden Sicherheitsstandards sowie die RKI-Richtlinien (Robert Koch Institut) bezüglich Hygiene und Vermeidung von Infektionsgefahren für die Flüchtlinge selbst und die Bevölkerung müssen durch entsprechende Schutzmaßnahmen gewährleistet werden.
- Die Regierung von Oberbayern ist für einen geordneten Ablauf verantwortlich und muss für diesen sorgen. Der Betrieb der Flüchtlingsunterkunft muss auch ohne den Einsatz von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern sichergestellt sein.
- Um dem Schutzbedürfnis der Bevölkerung und der Flüchtlinge gerecht zu werden, sind von der Regierung von Oberbayern geeignete und bedarfsgerechte Maßnahmen zu ergreifen.
- Überdies muss die Regierung von Oberbayern regelmäßig, zeitnah und umfassend zur Flüchtlingsunterkunft auf Aschheimer Gemeindegebiet informieren; dazu gehört auch die fortlaufende Einbeziehung der Bevölkerung durch weitere Informationsveranstaltungen.

Eine Erstaufnahmeeinrichtung auf Aschheimer Gemeindegebiet wird der Gemeinderat Aschheim ablehnen.

Sollte das Landratsamt München das gemeindliche Einvernehmen im baurechtlichen Verfahren zu einer Erstaufnahmeeinrichtung ersetzen, wird die Gemeinde Aschheim hiergegen Rechtsmittel einlegen und alle weiteren rechtlich möglichen Maßnahmen ergreifen. Dies hat der 1. Bürgermeister, Thomas Glashauser, im Rahmen der Bürgermeisterdienstbesprechung am 21.09.2015 dem Landratsamt München gegenüber bereits mündlich angekündigt.



Thomas Glashauser
1. Bürgermeister



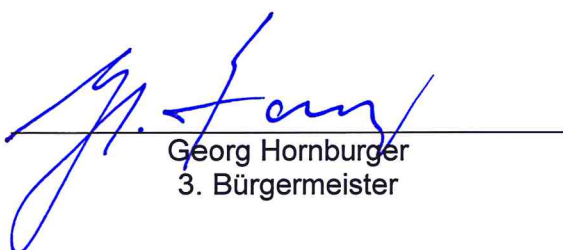
Fraktionsvorsitz/Stellvertretung
für die CSU-Fraktion



Maria Knoller
2. Bürgermeisterin



Fraktionsvorsitz/Stellvertretung
für die SPD-Fraktion



Georg Hornburger
3. Bürgermeister



Fraktionsvorsitz/Stellvertretung
für die Fraktion Freie Wähler